

LINKS BL·BS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
151 · Ausgabe BL/BS · Januar 2015



Wohnpolitik in Stadt und Agglo

GEMEINNÜTZIGER WOHNUNGSBAU – EIN GEWINN FÜR ALLE

Wohngenossenschaft Rixheimerstrasse, Basel

Die Mieten haben in der Schweizer Volkswirtschaft eine Schlüsselrolle. 20 bis 30 Prozent eines Haushaltseinkommens werden heute von den Wohnkosten verschlungen: einsame Spitze in Europa! Im Haushaltsbudget sind die Wohnkosten der grösste Posten. Keine Position im Familienbudget ist in den vergangenen Jahren so stark angestiegen. Dies trägt massgeblich dazu bei, dass gerade Familien zunehmend Mühe haben, ihre materielle Existenz zu sichern.

Untere und mittlere Einkommen betroffen

In den Zentren und an guten Wohnlagen besteht ein beträchtlicher Nachfrageüberhang. Dort fehlen – neben Alterswohnungen – vor allem günstige Wohnungen für Familien und Haushalte mit mittleren und unteren Einkommen. Diese Entwicklung bereitet Sorgen, denn die Mittelstandsfamilien sind das Zukunftspotenzial und das Rückgrat unserer Gesellschaft.

Wohnen als Grundrecht

Auch in der Nordwestschweiz herrscht Wohnungsnot. Der Leerwohnungsbestand beträgt in Basel-Stadt 0,2 und in Baselland 0,3 Prozent. Es besteht Handlungsbedarf!



Daniel Münger,
Regierungsratskandidat
SP BL

Der Boden- und Wohnungsmarkt darf nicht dem Markt überlassen werden. Boden ist ein endliches Gut und muss der Spekulation entzogen werden. Das Recht auf Wohnen ist für uns ein Grundrecht. Wohnen muss in beiden Basel auch für untere und mittlere Einkommen möglich bleiben. Die SP Basel-Stadt und Baselland haben daher je eine Initiative «Wohnen für alle» lanciert.

Gemeinnützigen Wohnungsbau fördern!

Um den Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt entgegenzutreten, ist der gemeinnützige Wohnungsbau zu fördern. Gerade Wohngenossenschaften ermöglichen dank solidarischem Genossenschaftsmodell, aktiver Mitarbeit der Mitglieder und Gewinnverzicht den Bau und Unterhalt von vergleichsweise günstigen Mietwohnungen mit angemessenem Ausbauniveau. Genossenschaftlicher Wohnungsbau entzieht den Boden der Spekulation. Die Aufgabe der Politik ist es also, die Rahmenbedingungen für gemeinnützige Bau-träger zu verbessern.

Volkswirtschaftliche Vorteile

Die gezielte Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus bringt

neben sozial- und gesellschaftspolitischen auch volkswirtschaftliche Vorteile: Wohnbaugenossenschaften tragen als wichtige Auftraggeberinnen beim Bau und Unterhalt ihrer Immobilien erheblich zu wirtschaftlicher Wertschöpfung bei. Ihre Auftragsvergabe erfolgt in der Regel vor Ort und kommt somit speziell dem lokalen bzw. regionalen Gewerbe und schliesslich wieder dem Staatswesen – also uns allen – zugute.

Aktuelle politische Entwicklungen

Erfreulicherweise wurde der gemeinnützige Wohnungsbau in Basel-Stadt und Baselland in den letzten Jahren aktiver. Es bestehen diverse interessante Projekte. So hat zum Beispiel die Gemeinde Reinach drei Areale ermöglicht. Es bleibt zu hoffen, dass auch Baselland nun mit der Initiative der SP BL «Wohnen für alle!» einen Sprung nach vorne macht. Die Stadt hat 2013 mit dem Wohnraumfördergesetz etwas früher auf gesetzlicher Ebene reagiert. Und am 8. März 2015 gilt es für die Städer: Ja zur Initiative Wohnen für alle! (vgl. auch Abstimmungstext S. 11)



René Brigger, Grossrat SP BS



Die JUSO führen zusätzlich ihren eigenen Wahlkampf und haben vor den Medien ein Manifest vorgestellt.



Die SP stellt der Wirtschafts- eine «Wohnoffensive» gegenüber. Initiative und Vorstösse wurden den Medien vorgestellt. Von links: Samira Marti, Regula Nebiker, Pia Fankhauser, Daniel Münger, Jan Kirchmayr, Kathrin Schweizer.



Die Kandidierenden sammeln fleissig Unterschriften – und geben auch noch gleich vor der Kamera Auskunft.



Regula Nebiker und Daniel Münger treffen bei ihrer WG-Besichtigung auf Urs Wüthrich, der dabei ist, sein Zimmer zu räumen.



Die Regierungsratskandidierenden sind kreuz und quer durch den Kanton unterwegs. Hier: Daniel Münger an einer Aktion in Allschwil.



Kreative Strassenaktionen im ganzen Kanton – hier zum Thema Vereinbarkeit in Lausen.

Wahl- und Wohnoffensive

Den Start ins neue Jahr beging die SP Baselland fulminant: Zwischen Weihnachten und Neujahr waren viele aktive Unerschrockene beim Aushang der Wahlplakate engagiert. Und der traditionelle Dreikönigsapéro der SP Muttenz am 4. Januar war gleichsam der Startschuss zur Kampagne für die Gesamterneuerungswahlen vom 8. Februar. In einem veritablen «Rahmeschtüggli» demonstrierten die beiden Regierungskandidierenden Daniel Münger und Regula Nebiker ihren Gestaltungswillen. Mit «WG-Totalerneuerung – 5 Zimmer frei» wurden die anstehende Neubesetzung des Regierungsrates thematisiert und die einzelnen Direktionen aufs Korn genommen. Vom selbenden Pflänzchen «Wirtschaftsoffensive» über den ans Pult geketteten Sicherheitsdirektor bis zum Giftschränk Spitalplanung reichte die Themenpalette bei der Besichtigung der Regierungs-«Wohnung». Auch der abtretende SP-Regierungsrat Urs Wüthrich kam dabei zu einem sympathischen

Auftritt, in dem er den beiden potenziellen Neulingen Tipps mit auf den Weg geben konnte. Die anwesenden Genossinnen und Genossen aus dem ganzen Kanton amüsierten sich prächtig und wurden in ihrer Meinung bestärkt: Es muss alles getan werden, damit die SP diesen Wahlkampf erfolgreich abschliesst! Der Kanton Baselland braucht dringend mehr SP!

Schon am Dreikönigstag fiel dann der Startschuss für die unzähligen Strassenaktionen der Sektionen. Es ist eine Freude, in den Social Media den farbigen und fröhlichen Bildern unserer motivierten AktivistInnen zu begegnen. Die SP gibt alles! Aber nicht nur der Wahlkampf ist mit Vollgas unterwegs im Baseltal – auch die Unterschriftensammlung für unsere Initiative «Wohnen für alle!» läuft auf Hochtouren. Die BaselbieterInnen sind sichtlich froh, dass sich die SP auch für die Anliegen der MieterInnen einsetzt, nachdem sich die bürgerliche Mehrheit in Regierung und

Landrat nun allzu lange nur um die HauseigentümerInnen gekümmert hatte. Wir fordern, dass der Kanton seine Verantwortung wahrnimmt und dafür sorgt, dass genügend erschwinglicher Wohnraum zur Verfügung steht und der Kanton endlich eine aktive Wohnpolitik nicht nur für Wohlhabende betreibt. Die Landratsfraktion hat bereits für Bewegung gesorgt und am 15. Januar ein ganzes Paket an Wohn-Vorstössen eingereicht. Darüber und über die Ziele der Initiative wurden die Medien an einer Pressekonferenz informiert.

Alle Mitglieder und SympathisantInnen haben den Unterschriftenbogen nach Hause geschickt bekommen. Bitte unterschreibt ihn und schickt ihn so rasch wie möglich (natürlich gerne auch noch mit weiteren Unterschriften) ans Sekretariat: SP Baselland, Rheinstrasse 17, 4410 Liestal.

Lisa Mathys, Parteisekretärin

Der Kanton Baselland braucht dringend mehr SP!

ABSTIMMUNGSPAROLEN SP BL

KANTONAL

- Befristung der Aushangdauer von Wahl- und Abstimmungsplakaten **JA**
- «Vo Schönebuech bis sauber» **JA**
- Umfahrungsstrasse Allschwil **NEIN**
- Initiative «Strassen teilen» **JA**

NATIONAL

- Familieninitiative **NEIN**
- Energie- statt Mehrwertsteuer **NEIN**

AGENDA SP BL

- So, 8. Februar, **Wahlsonntag**: Gesamterneuerungswahlen Regierung- und Landrat. 16 Uhr: **Wahlfest** im Pfarreisaal Bruder Klaus, Rheinstrasse 18, Liestal

Die laufend aktualisierte Wahlkampf-Agenda ist auf www.sp-bl.ch zu finden!

- So, 8. März: **Deadline zur Einreichung von Nominations** für Ständerat und Nationalrat durch die Sektionen
- Mi, 18. März: **Sektionskonferenz** **SAVE THE DATE!**
- Sa, 18. April: **Geschäftsdelegiertenversammlung**

Keine weitere Auslagerung in Basel-Stadt – Nein am 8. März!

Am 8. März stimmen wir in Basel-Stadt über eine weitere Auslagerung eines Staatsbetriebes ab. Bei dieser Abstimmung geht es um die Auslagerung der öffentlichen Zahnkliniken. Die Schul- und die Volkszahnklinik sollen ausgelagert und mit der Universitätsklinik für Zahnmedizin zusammengelegt werden.

Beide Zahnkliniken sind bald 100 Jahre alt und haben bis heute den gleichen Auftrag beibehalten. Sie erbringen für alle EinwohnerInnen des Kantons Basel-Stadt wichtige Aufgaben in der sozialen Zahnmedizin. Die Volkszahnklinik garantiert allen

EinwohnerInnen im Kanton Basel-Stadt eine zahnärztliche Behandlung, welche im Bedarfsfall vom Kanton finanziell unterstützt wird. Die Schulzahnklinik wirkt zusätzlich stark auf der Präventionsseite mit ihrem Schulungsangebot für alle Schulkinder des Kantons. Dadurch wird der Bedarf nach teuren Zahnbehandlungen nachhaltig verringert.

Die öffentlichen Zahnkliniken des Kantons sind eine wichtige Errungenschaft. Denn Zahnbehandlungen können Kosten verursachen, welche die Zahlungskraft vieler BaslerInnen übersteigen.



Wir befürchten durch die Auslagerung der öffentlichen Zahnkliniken eine Reduktion der sozialen Zahnmedizin – vor allem dadurch, dass die neue Klinik stärker wirtschaftlichen Interessen unterliegen wird. Soziale Anliegen wären zweitrangig. Zudem bedroht die Auslagerung die Arbeitsbedingungen der Angestellten, denn sie ermöglicht Privatisierungen und Sozialabbau. Aus den genannten Gründen sind wir klar gegen eine weitere Auslagerung öffentlicher Dienstleistungen.

Beatriz Greuter, Grossrätin SP BS

Ausgleich auf dem Wohnungsmarkt

WOHNEN FÜR ALLE
Jetzt JA!

Während eines wirtschaftlichen Aufschwungs der Stadt Basel schrieb der bedeutende Basler Architekt und Politiker Hans Bernoulli 1946: «Im Mittelpunkt der Aufgabe steht das Bemühen, die öffentlichen Angelegenheiten der Stadt und die privaten Angelegenheiten des Hausbesitzers zu einem Ausgleich zu bringen. In den letzten 500 Jahren ist dieser Ausgleich nicht gefunden, vielleicht gar nicht gesucht worden.» Heute erleben wir erneut einen Aufschwung der Stadt und damit verbunden mangelnden sozialen Ausgleich. Nur gerade 0,2 Prozent der Wohnungen in Basel stehen momentan leer.

Die Wohnungsknappheit trifft vorerst die sozial Schwächsten. Der Druck auf dem Wohnungsmarkt hat massiv zugenommen. Steigende Mieten sind die «logische» Folge – was auch den Mittelstand empfindlich treffen wird. Um einen Ausgleich zu finden, muss in erster Linie Wohnraum der Spekulation entzogen werden. In Basel sind nur 10

Prozent der Wohnungen in gemeinnützigem Eigentum.

Um den Anteil zu erhöhen, schlägt unsere Initiative «Wohnen für alle» die Schaffung einer öffentlich-rechtlichen Stiftung mit einem Startkapital von 50 Millionen Franken vor. Sie wird demokratisch kontrolliert und ist zur Gemeinnützigkeit verpflichtet. Die Stiftung kauft Boden und Liegenschaften und unterbindet so die Spekulation. Sie erstellt Wohnungen zu bezahlbaren Mieten oder gibt Boden an Wohnungsgenossenschaften ab.

Damit wird ein griffiges Instrument gegen die Wohnungsknappheit und steigende Mieten geschaffen – für mehr Ausgleich auf dem Wohnungsmarkt.

Lukas Gruntz, dipl. Architekt FHNW/Leiter AG Stadtentwicklung JUSO Basel-Stadt

ABSTIMMUNGSPAROLEN SP BS NATIONAL

- Volksinitiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» **NEIN**
- Volksinitiative «Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen» **NEIN**

KANTONAL

- Volksinitiative «Wohnen für Alle» **JA**
- Grossratsbeschluss betreffend das Gesetz über das Universitäre Zentrum für Zahnmedizin Basel (Referendum, Auslagerung der öffentlichen Zahnkliniken) **NEIN**

AGENDA SP BS

- Di, 3. Februar: **Parteiivorstand** Grosser Saal, Gewerkschaftshaus, 20 Uhr
- Di, 10. Februar: **Nominierungs-Delegiertenversammlung** Volkshaus, Unionssaal, 19 Uhr
- Di, 3. März: **Reserve-Delegiertenversammlung** Volkshaus, Unionssaal, 20 Uhr

- Do, 5. März: **Parteiivorstand** Grosser Saal, Gewerkschaftshaus, 20 Uhr

Trotzreaktion und Sabotage

Eine Woche vor Weihnachten hat das Basler Parlament mit knapper Mehrheit das Budget 2015 an die Regierung zurückgewiesen. In diesem Nein widerspiegelt sich eine Trotzreaktion der bürgerlichen Fraktionen. Vielleicht haben sie in der Verweigerung der praktisch roten Null eine seltene Möglichkeit gesehen, der erfolgreich und sorgfältig agierenden Finanzdirektorin Eva Herzog eins auszuwischen.

In der Debatte selbst haben sie weder einen vernünftigen Vorschlag für Einsparungen eingebracht, noch konnten sie einen Grund nennen, weshalb dieses Budget bekämpft werden muss. Also, Hauptsache dagegen. Im Wissen, dass sie dadurch die Idee stabiler Kantonsfinanzen durch kurzfristige politische Ziele sabotieren.

Doch auch den Bürgerlichen kann nicht entgangen sein, dass die Regierung in den letzten zehn Jahren immer eine langfristige Finanzplanung verfolgte. Dies zeigt sich insbesondere an der Reduktion der Nettoschulden. Letztere konnten zwischen 2004 und 2013 um 1,5 Milliarden auf verbleibende 2 Milliarden Franken verringert werden. Zudem wurde in den letzten Jahren die Pensionskasse Basel-Stadt mehrmals nachhaltig saniert und der Kanton tätigte rekordhohe Investitionen. Ebenfalls erfolgreich agierte die Regierung in Bezug auf das Ausgabenwachstum. In guten Jahren begrenzte sie dieses auf 1,5 Prozent, und infolge höherer Investitionen und zur Verhinderung eines strukturellen Defizits soll es 2016 und 2017 sogar auf 0,25 Prozent minimiert werden.



Das alles interessierte die bürgerlichen PolitikerInnen nicht. Und offenbar haben sie auch vergessen, dass es in den 90er-Jahren ihre eigenen Regierungsräte waren, welche Defizite im dreistelligen Millionenbereich anhäuferten. Umso unverständlicher ist es, dass sie noch nicht verstanden haben, dass ein Staat seine Aufgaben ohne Rendite-Überlegungen anpacken muss. Und dass es ein Märchen ist, zu glauben, Steuersenkungen hätten keine Auswirkungen.

Ich bin gespannt, wie die bürgerlichen PolitikerInnen argumentieren, wenn im Grossen Rat über die einzelnen Sparmassnahmen diskutiert wird.

Mustafa Atici, Vize-Präsident SP BS

Vorfinanzierte Doppelspur statt schlechteres Angebot

Am 15. Januar hat der Landrat den Projektierungskredit für den Doppelspurausbau im Laufental zwischen Duggingen und Grellingen bewilligt. Dies ist dringend notwendig, denn das Laufental wird in Sachen ÖV bis anhin stiefmütterlich bedient, eine Verbesserung ist überfällig. Aber das ist gar nicht so einfach zu bewerkstelligen. Der Bahnhof Lausanne wird zwischen 2016 und 2025 umgebaut. In einer regelrechten Kettenreaktion wirft dieser Umbau in Lausanne das bisherige Fahrplankonzept über den Haufen. Ursprünglich wollte das Bundesamt für Verkehr den gesamten Taktfahrplan um eine halbe Stunde verschieben, was aber schwerwiegende Nachteile für die Anschlüsse der Busse auf den Zug im Laufental zur Folge hätte.

Nach zähen Verhandlungen einigte man sich auf die folgende Lösung: Zwischen 2016 und 2021 wird der heutige Takt des stündlichen



ICN-Schnellzugs beibehalten. Nach 2021 wird der ICN wie von Bund und SBB vorgesehen um eine halbe Stunde verschoben. Als Kompensation soll jedoch neu ein zweiter Schnellzug zwischen Basel und Biel mit Halt in Laufen, Dornach und evtl. Zwingen verkehren.

Damit dieser zweite Schnellzug auf der Strecke Basel-Biel fahren kann, braucht es Infrastrukturausbauten in Form eines teilweisen Doppelspurausbaus zwischen Duggingen und Grellingen. Es ist das Ziel des Kantons, dieses Bahninfrastrukturprojekt im Ausbauschritt des Strategischen Entwicklungsprogramms bis zum Jahr 2030 (STEP 2030) unterzubringen, welches letztendlich vom Bund finanziert wird.

Wegen der ganzen Fahrplan-Konsequenzen kann jedoch nicht bis 2030 mit diesem Doppelspurausbau zugewartet werden. Als Lösung bietet sich eine sogenannte Vorfinanzierung durch den Kanton an. Damit

würde der Kanton dem Bund das Geld im Umfang von 126 Millionen vorschliessen und könnte entsprechend früher bauen. Bis 2030 bekäme der Kanton dann das Geld vom Bund zurück – sofern es die Laufental-Linie ins STEP 2030 schafft. Nur auf diesem Wege kann der ÖV im Laufental rasch verbessert werden. Die Alternative ist nicht der Status quo, sondern eine deutliche Verschlechterung wegen der unvermeidbaren Fahrplanänderung infolge des Umbaus in Lausanne.

Ob es im Bahnhof Basel Platz für einen zusätzlichen Schnellzug hat, ist momentan noch offen. Für den Basler Bahnhof ist ein grosses Ausbauprojekt geplant, aber dieses ist nicht vor 2025 umgesetzt. Die Parlamente der beiden Basel und des Kantons Jura haben eine Resolution verabschiedet, mit der sie den zweiten Schnellzug fürs Laufental zwingend fordern.

Christine Koch, Landrätin, Aesch